

7

FRAUENRECHTE IN DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

von Mascha Madörin

EINLEITUNG

Menschenrechte und Wirtschaftsliberalismus gehören zum grundlegenden Gedankengut der bürgerlichen Revolution. Wirtschaftsliberalismus ist heute die vorherrschende Doktrin sowohl schweizerischer staatlicher Wirtschaftspolitik als auch derjenigen der UNO-Institutionen. Schon 1791 hat Olympe de Gouges eine Erklärung der Frauenrechte¹ herausgegeben, wo klar sichtbar wird, dass von Anfang an die Erklärung der Menschenrechte für Frauen widersprüchlich ist: Erstens sind Frauen von der allgemeinen Rechtsgleichheit von Anfang an ausgeschlossen worden und zweitens ist durch die Unterscheidung zwischen Öffentlichem und Privatem ein rechtsfreier Raum der Unterwerfung der Frauen unter Männer geschaffen worden. Nach wie vor ist die Frauendebatte der Personenrechte einerseits geprägt von Gleichstellungsforderungen. Andererseits besteht der Anspruch, dass Menschenrechte auch auf den bisher rechtsfreien Raum, das sog. Private, ausgedehnt werden sollen. Was heisst dies aber für die Wirtschaftspolitik?

Anlässlich der UNO-Menschenrechtskonferenz in Wien (Juni 1993) waren am NGO-Forum Frauen stark vertreten. An diesem Forum kamen verschiedene Grundpositionen, die im übrigen immer wieder von Frauennetzwerken vertreten werden, klar zur Geltung. Ich möchte hier nur ein paar davon nennen²:

1. Die Universalität von Menschenrechten: Kulturelle oder religiöse Werte dürfen die grundlegenden Menschenrechte auch für Frauen nicht einschränken.
2. Die Unteilbarkeit der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte. Der sog. wirtschaftlichen Entwicklung dürfen nicht Menschenrechte geopfert werden.
3. Das Recht der Frauen auf Entscheidungsmacht.
4. Menschenrechte sollen auch im sog. Privaten gelten und geschützt werden.

Interessant ist, dass es heute kaum Dokumente von Frauennetzwerken gibt, die nicht den heute vorherrschenden Wirtschaftsliberalismus für die Verschlechterung der Menschenrechtssituation von Frauen als wesentlich mitverantwortlich machen. Das war auch am NGO-Forum in Wien der Fall: Insbesondere wurde die neoliberale Strukturanpassungspolitik von IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank gegenüber verschuldeten Ländern des Südens und Ostens von Seiten der Frauen kritisiert. Ähnlich wie (früher) für die ArbeiterInnen- oder antikolonialen Bewegungen, bilden heute für viele Frauennetzwerke einerseits die Menschenrechte Ausgangspunkt ihrer Forderungen, andererseits betrachten sie den Wirtschaftsliberalismus, historisch gesehen der Zwillingbruder der Menschenrechte, als zunehmend unvereinbar mit der Realisierung ihrer Menschenrechte.³ Mit viel Grund: Die soziale Lage, insbesondere von Frauen, hat sich in den letzten fünfzehn Jahren, der Hoch-Zeit neoliberaler Wirtschaftspolitik, enorm verschlechtert. Es gibt eine Häufung von Evidenzen, sowohl für die USA als auch für die verschuldeten Länder des Südens und Ostens, dass Frauen und Kinder überproportional stark die Last dieser neoliberalen Politik zu tragen haben. In einer Studie der UNICEF zu Lateinamerika über die unsichtbare Strukturanpassung armer Frauen in der Wirtschaftskrise, schreibt Teresa Albanex Barnola: "Es sieht in der Tat ganz so aus, dass die armen Frauen wichtigste Variable der Anpassungspolitik in der gegenwärtigen Krise sind, indem das Überleben von mindestens einem Drittel der ärmsten Bevölkerung zu sichern möglich wird, dadurch dass von den Frauen eine Unmenge von Arbeit erzwungen wird, die keinerlei soziale Anerkennung findet."⁴

In den USA haben von 1977-1990 60% der Bevölkerung an Realeinkommen verloren, für weitere 20% ist das Realeinkommen stagniert. Die ärmsten 20% haben durchschnittlich 14% an Realeinkommen verloren. Die 1% reichsten hatten hingegen eine Einkommenserhöhungen von real 110% zu verzeichnen! Die Zahlen wären schlimmer, wenn nicht Frauen mit Kindern vermehrt berufstätig geworden wären. So stieg der Anteil der berufstätigen Mütter in Zwei-Eltern-Haushalten von 54% 1980 auf 65% 1990. Gleichzeitig hat auch die Zahl der Haushalte mit alleinstehenden erwerbstätigen Müttern enorm zugenommen. Gegen Berufstätigkeit von Müttern wäre ja nichts einzuwenden, wenn die entsprechenden Infrastrukturen für Kinder existieren würden und wenn sie zu annehmbaren Bedingungen

erwerbstätig sein könnten. Etwa 10 Millionen erwerbstätige Frauen verdienen jedoch nicht genug, um für sich selbst und ihre Kinder den Unterhalt zu bezahlen. Die Hälfte dieser Frauen gehören jedoch zu den Hauptverdienerinnen in ihrer Familie. Etwa 2/3 der Erwerbstätigen mit Niedriglöhnen sind Frauen. Zu dieser Kategorie gehören 40% der erwerbstätigen Frauen und 25% der erwerbstätigen Männer.⁵ Die Sozialausgaben des Staates vor allem im Bereich sozialer Zuschüsse (Wohnungen und Gesundheit) wurden in der gleichen Zeit ebenfalls reduziert, was wiederum Frauen mit Kindern überproportional getroffen hat.

Im Folgenden will ich auf vier Aspekte eingehen, um die Frage des Zusammenhangs von Wirtschaftsliberalismus und Personenrechten aus Frauensicht näher zu beleuchten. Es geht mir darum zu zeigen, wie durch bestimmte Konzepte und Widersprüche der wirtschaftsliberalen Doktrin und der Realpolitik aus allgemeinen Menschenrechten exklusive Männerrechte werden. Die vier Punkte sind:

1. Der Ausschluss der Frauen aus den wirtschaftspolitischen Überlegungen;
2. Der Freiheitsbegriffs, das Menschen- und Weltbild in der Ökonomie;
3. Der Ausschluss der Frauen von der wirtschaftspolitischen Entscheidungsmacht;
4. Ökonomie und Gewalt gegen Frauen.

Dabei interessieren mich drei Fragen:

- Wie wird eine frauenschädliche und frauenrechtswidrige Wirtschaftspolitik mit der liberalen Wirtschaftsdoktrin gerechtfertigt und reproduziert?
- Welche wirtschaftspolitischen Tendenzen sind heute festzustellen?
- Welche möglichen politischen Strategien zur Umsetzung von Frauenrechten in der Wirtschaftspolitik werden heute diskutiert?

Wenn ich die einzelnen Punkte und Fragen nur kurz, plakativ und sehr selektiv behandeln kann, so liegt das an der mangelnden Zeit. Ich hoffe, mit den folgenden Überlegungen zeigen zu können, wie interessant und komplex eine Wirtschaftspolitikdebatte im Zusammenhang mit Frauenrechten sein könnte.

DER AUSSCHLUSS DER FRAUEN AUS DEM WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN DENKEN

In der heute vorherrschenden neoklassischen Wirtschaftstheorie gibt es verschiedene Ansätze und Denktraditionen, die sich überlagern und dazu beitragen, Frauenrealitäten und -tätigkeiten aus den wirt-

schafts- und damit gesellschaftspolitischen Überlegungen ausschliessen:

1. Die Unterscheidung zwischen dem Ökonomischen und dem Ausserökonomischen

Die von der neuen Frauenbewegung kritisierte Unterscheidung zwischen öffentlich und privat hat in der Ökonomie mit der Unterscheidung zwischen ökonomisch und ausserökonomisch ihre Parallele: Ökonomisch ist, was mit Geld gemessen wird, ausserökonomisch ist alles Andere. Dieses wird als Rahmenbedingung, Hindernis oder Ort der Auswirkungen ökonomischer Prozesse gedacht. Damit ist bereits die Unterscheidung zwischen wichtig und unwichtig, Haupt- und Nebenproblemen vorgespurt. Und zudem ist es offensichtlich, dass jegliche Theorie, die Ökonomie als nur das denkt, was in Geld gemessen wird, wesentlich an Frauenrealitäten vorbeizieht - und damit auch an gesamtwirtschaftlichen Realitäten. Es kann nicht genug betont werden, dass es bisher noch keine Gesellschaften gegeben hat, in denen nicht mehr Zeit unbezahlt als bezahlt gearbeitet worden ist. Und diese Gratisarbeit verrichten vor allem Frauen. Aufgrund einer Zeitbudgeterhebung von 1979/80 und der Volkszählung von 1990 ergeben sich für die Haushalts- und Erwerbsarbeit in der Schweiz etwa folgende Grössenordnungen⁶: Die Erwerbsarbeit beträgt rund 130 Millionen Stunden pro Woche, im Durchschnitt liegt der Stundenaufwand bei 20 Stunden pro Woche. Rund zwei Drittel werden von Männern, rund ein Drittel von Frauen geleistet. Die erfasste Nichterwerbsarbeit - in dieser Untersuchung vorwiegend Hausarbeit - beträgt rund 90 Millionen Stunden. Diese wird zu vier Fünfteln von Frauen erledigt. Würde noch die ehrenamtliche Arbeit dazugezählt, so würde in der Schweiz länger gratis gearbeitet als bezahlt. Eine neuere deutsche Studie⁷ kommt auf einen Durchschnitt von 28 Stunden pro Woche. In den alten Bundesländer machte diese unbezahlte Arbeit in Familie, Haushalt oder Ehrenamt 1991 77 Mrd. Stunden aus, gegenüber 47 Mrd. bezahlten Arbeitsstunden! Die unbezahlte Arbeit hätte bei einem Stundenlohn von DM 11,- einen Lohnwert von drei Vierteln der Summe der Bruttolöhne und -gehälter. Alles in allem kann sehr grob geschätzt werden, dass in Europa mindestens die Hälfte der Arbeitsstunden unbezahlt in Haushalten und Ehrenämtern gearbeitet wird, maximal nur ein Viertel in der Privatwirtschaft und rund ein Viertel in der Staatswirtschaft.

Ich persönlich wünsche mir nicht eine Monetarisierung der bisher gratis geleisteten Arbeit, ganz im Gegenteil. Aber frauenrechtspolitisch gesehen stellen sich drei Probleme:

- Die asymmetrische Verteilung von Einkommen zwischen Männern und Frauen, die zu einer persönlichen

Abhängigkeit der Frauen von Männern führt, welche den Ideen der liberalen Menschenrechte widerspricht. In Bezug auf diese asymmetrische Verteilung von Einkommen sind zwei Aspekte zu erwähnen: Die Diskriminierung am Arbeitsplatz und die asymmetrische Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Mann und Frau.

- Es müsste aber auch die Verteilung verschiedenartiger Gratisarbeiten zwischen Mann und Frau näher untersucht werden: Insbesondere das Verhältnis zwischen ehrenamtlicher Arbeit und Arbeit in der Familie einerseits und andererseits die unterschiedlichen Arten ehrenamtlicher Arbeit, die von Männern und Frauen geleistet werden. Hier geht es vor allem um die Frage, inwiefern Frauen Zeit haben, das Menschenrecht, politisch tätig zu sein, überhaupt zu realisieren.
- Besonders stossend ist bis heute, dass die Wirtschaftspolitik des Staates, die ja Gesamtgesellschaftspolitik sein sollte, nur auf die Geldsektoren ausgerichtet ist und damit zum vornherein Frauen diskriminiert, wie wenn Frauen und Frauenrealitäten nicht relevant wären für den Staat. Generell lässt sich sagen, dass in der Wirtschaftspolitik Gratisarbeit, auch wenn sie in der Gesellschaft sehr wichtig ist, als beliebig flexibel und gross angeschaut wird. Würde diese, wie es in Realität ist, als begrenzt angesehen, dann sähe jegliche Wirtschaftspolitik, egal welcher theoretischen Richtung, sehr anders aus. Frauen sind immer mehrfach von staatlicher Wirtschaftspolitik betroffen: als Lohn- und Selbständigerwerbende, als Hausmanagerinnen, Erzieherinnen, Pflegerinnen und in der Gemeinschaft Tätige.⁸

2. Das Ökonomische als das Männliche, das Soziale als das Weibliche

Oft werden in der Wirtschaftspolitik die Ursachen von Misserfolgen mit ausserökonomischen Faktoren begründet, da das Ökonomische als das Berechenbare und Rationale schlechthin gilt. Die aktuelle Debatte über Bevölkerungspolitik zeigt dies deutlich, ebenso das jeweilige unqualifizierte Philosophieren von Ökonomen über ich-weiss-nicht- welche "falschen" Mentalitäten, die zu den Debakeln jeweiliger wirtschaftspolitischen Massnahmen geführt haben sollen. Das Unberechenbare und Vielfältige, das nicht unter einen Hut zu Bringende, wird generell dem Ausserökonomischen, dem Sozialen, Kulturellen und Politischen zugeordnet, und damit vor allem Frauen und andern Ethnien. Mir ist aufgefallen, dass der ökonomische Diskurs im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik des Internationalen Währungsfonds ähnlich konstruiert ist, wie der Diskurs der US-Regierung während des Golfkrieges: Die katastrophalen sozialen Auswirkungen der

neoliberalen Wirtschaftspolitik werden als leidige Nebeneffekte einer an und für sich rationalen Wirtschaftspolitik gedacht, ähnlich wie die zivilen Toten im Golfkrieg als bedauerliche Nebeneffekte einer an und für sich perfekten Kriegstechnik dargestellt wurden. Was mit den Menschenrechten als Folge einer Wirtschaftspolitik passiert, wird heute vorwiegend als "colateral effects" gedacht und nicht als Kriterium wirtschaftspolitischen Handelns.

3. Der Schein geschlechtsneutraler Kategorien oder Frau als Spezialfall

Es ist keine Spezialität der Ökonomie, dass Frauen in den allgemein gemeinten Kategorien als inbegriffen gedacht werden. Wie in allen Sozialwissenschaften, wo dies geschieht, besteht die Tendenz, dass sich die als gesamtgesellschaftlich gemeinten Kategorien vorwiegend auf Männerrealitäten beziehen. Spezielle Kategorien werden dann für Frauen eingeführt, wenn Ausnahmen vom Allgemeingültigen beschrieben werden. Es gibt daher kaum eine Wirtschaftspolitik, die sich nicht an Männerrealitäten orientieren würden. Wirtschaftspolitische Massnahmen, die sich an Frauenbedürfnissen orientieren, erscheinen als Zusatzprogramme - und vor allem als Zusatzkosten - wie es in parlamentarischen Debatten immer wieder gründlich vordemonstriert wird. So wie Hausfrauen dem alleinverdienenden und dem Ernährerlohn huldigenden Ehemann als Kosten erscheinen, so erscheinen staatliche Ausgaben, die Frauen zugute kommen, als Kosten oder gar als luxuriöse Zusatzausgaben, die, wie Ausgaben für den Pelzmantel, nur in Zeiten, wo es dem Haushalt finanziell gut geht, drinliegen. Kulturzentren oder Selbstverteidigungskurse für Frauen sind spezielle Ausgaben, weil vor allem Frauen davon profitieren. Aber der Unterhalt der Eishockeyhalle gehört selbstverständlich zu den allgemeinen Sportausgaben. Auch Militärausgaben werden als Ausgaben für die Allgemeinheit angesehen. Wenn Studenten, Bauern und selbstständig erwerbende Coiffeurs in den Militärdienst gehen, dann wird ihnen ein Arbeitsausfallersatz staatlich (teil-)finanziert. Wenn aber Bäuerinnen, Coiffeusen und Studentinnen Kinder gebären, dann bezahlt der Staat nichts für den Arbeitsausfall. Kinder sind doch wichtig für die Zukunft einer Gesellschaft. In der Schweiz hat immerhin mehr als ein Drittel der Stimmenden für die Abschaffung des Militärs gestimmt. Aber für die Abschaffung der Kinder würde - ausser ein paar Verrückte - wohl niemand stimmen. Oder anders gefragt: Was ist allgemein und was nicht? Was ist gesellschaftlich relevant und was nicht? Und was ist politikwürdig und was nicht? Auch das ist eine Frauenrechtsfrage.

4. Überlegungen zu aktuellen Tendenzen

Ich glaube, eine Tendenz festzustellen zur Trennung von staatlichen (nationalen und internationalen) Institutionen in einerseits solche, die sich mit Wirtschaftsregelungen, und andererseits solche, die sich mit Menschenrechten, Ökologie, Frieden und militärischer und polizeilicher Kontrolle befassen. Menschenrechte werden zunehmend dem sog. Ökonomischen neben- oder gar untergeordnet und zwar nicht nur in der wirtschaftlichen und politischen Praxis von Staat und Privatwirtschaft, sondern auch in der Art und Weise wie heute internationale Institutionen umorganisiert werden und wie heute in der Öffentlichkeit wirtschafts- und menschenrechtspolitische Diskurse geführt werden. So wäre zum Beispiel genauer zu überprüfen, inwieweit das Subsidiaritätsprinzip der EU in diese Richtung führen wird. Interessant ist ebenfalls, dass in Bezug auf die Debatte der Politik von Internationalem Währungsfonds und Weltbank soziale und ökologische Bedingungen für einzelne Kreditprojekte der Weltbank allenfalls in Betracht gezogen werden, schwierig wird es aber, wenn es um die makroökonomische Politik geht.

Generell ist eine Verselbständigung des wirtschaftsliberalen Projekts als Selbstzweck festzustellen: Formulierungen, die das Prinzip "Freier Markt" postulieren, häufen sich. Freiheitsträume, die in der Menschenrechtstradition immer Freiheit von Personen meinten, werden so zu Träumen von freien Kapital-, Waren- und Autoströmen pervertiert.

Meiner Meinung nach entspricht diese Entwicklung dem, was der Stalinismus für den Sozialismus war: Es geht um die Unterordnung der Menschen unter vielleicht gut gemeinte Systemprinzipien und nicht um die Unterordnung von Systemregulierungen unter Menschenrechtsprinzipien. Ich halte aus diesem Grund das Beharren auf Personenrechten, so individualistisch und "modern" sie auch sein mögen, heute als ein zentraler Punkt jeglicher Demokratiepolitik für sehr wichtig. Dies umso mehr, als Frauen bekanntlich die ersten sind, die höheren Zwecken unterworfen werden; das war schon immer Teil der patriarchalen Kultur. Die heutige Debatte um Bevölkerungspolitik zeigt dies deutlich.

5. Liste politischer Handlungsmöglichkeiten für Frauen

- Als neueren Datums müssen die Forderungen von Frauennetzwerken angesehen werden, die auf den Einfluss von Frauen und ihren Organisationen auf makroökonomische Entscheidungen zielen. An dieser Stelle wäre die Frauen-Agenda 21 im Vorfeld der Rio-Konferenz zu nennen. Bestimmt wird es auch

interessant sein, diesbezüglich die Diskussionsinhalte der UNO-Frauenkonferenz in Peking 1995 mit denjenigen von Nairobi 1985 zu vergleichen.

- Es gehört zur Tradition von Nichtregierungsorganisationen menschenrechtliche Rahmenbedingungen für Wirtschaftspolitik sowohl von Staat als auch multinationalen Konzernen immer wieder einfordern. Ich bin überzeugt, dass dies nach wie vor ein wichtiges Feld menschenrechtspolitischer Tätigkeit von Frauen wird sein müssen.
- Anstelle von Rahmenbedingungen für das Wirtschaften wird zunehmend das Prinzip der Internalisierung (in Preisen) externer Kosten verlangt. Es wäre durchaus denkbar, dies in Bezug auf Gratisarbeit und soziale Kosten, die für Frauen aus einer bestimmten Wirtschaftspolitik oder -tätigkeit entstehen, zu verlangen. In dieser Richtung wäre noch viel zu analysieren. Im Prinzip kann die Gratisarbeit- und Hausfrauenlohndebatte der Neuen Frauenbewegung als Teil dieser Strategie angesehen werden. Ebenso die Forderung innerhalb der OECD und der UNO, dass Gratisarbeit von Frauen bei den Wirtschaftsstatistiken irgendwie vorkommen muss, gehört als Voraussetzung zu einer Internalisierung von externen Kosten in Preise und zu wirtschaftspolitischen Überlegungen dazu. Obwohl ich das laute und öffentliche Vorrechnen von Frauenseite sehr wichtig finde, halte ich die Methode der Berechnung externer Kosten, wie sie heute z.B. in Bezug auf die Drogenpolitik⁹ des Staates gemacht wird, nur für begrenzt sinnvoll, weil sehr schnell das Problem der Berechnung intangibler Kosten entsteht und weil das Problem von politischen und Werturteilen einfach in die schwer durchschaubare Problematik der Berechnungsweise abgeschoben werden. Wie sollen Folterungen, Vergewaltigungen oder der Schmerz eines Strassenkindes monetär bewertet werden?
- Wer die Debatte in Frauennetzen ansieht, die stellt fest, dass Diskussionen um alternatives Wirtschaften und über alternative wirtschaftspolitische Denksätze einen grossen Raum einnehmen. So hat sich der Inhalt der entwicklungspolitischen Debatten in den letzten Jahren innerhalb der "Frau und Entwicklung"-Gruppierungen von der Fragestellung "Integration der Frauen in den Entwicklungsprozess" ganz klar zur Frage "Alternative Entwicklungspolitiken" verschoben.¹⁰

FREIHEIT UND DAS MENSCHEN- UND WELTBILD IN DER ÖKONOMIE

Das Freiheitsrecht, das in den Menschenrechtspakten der UNO verankert ist, hat zwei Aspekte:

- Erstens geht es um die Freiheit VON, nämlich von "Not und Furcht".
- Zweitens geht es um eine Freiheit FÜR, nämlich um die Freiheit, an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken.

1. Die Lebenslüge des Homo Oeconomicus

Der Liberalismus des 18./19. Jahrhunderts war eine Demokratiebewegung, die sich gegen den feudalen Obrigkeitsstaat und die einschränkenden ständischen Wirtschaftsrechte wendete. Die Vorstellung des Homo Oeconomicus im freien Markt geht von der sympathischen und anarchistischen Idee aus, dass jede Person selbst am besten beurteilen kann, was sie kaufen und produzieren will. Über das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage wird laut Theorie die gesellschaftspolitische Frage geregelt, welche und wieviele Güter und Dienstleistungen produziert werden sollen. Ich will hier nicht auf die Problematik der "unsichtbaren Hand" des Marktes, die laut Denkmodell rätselhafterweise zu einem gesellschaftlichen Optimum führen soll, eingehen, sondern auf die Frage, welche Menschen für das optimale Funktionieren des Marktes vorausgesetzt sind.

Das freie Subjekt der Wirtschaftstheorie ist der berühmte-berühmte Homo Oeconomicus. Ich will mich hier nicht über seine Kleidung, Haar-, Augen- und Hautfarbe auslassen, sondern über seine Freiheiten: Angenommen wird nämlich, der Mann-Mensch sei frei geboren, sei frei, sich auf den Markt zu begeben oder nicht, und sei frei in der umfassenden Informationsbeschaffung und unabhängig von jeglicher Beziehungsloyalität. Tod, Krankheit, Abhängigkeit kommen in diesem Menschenbild nicht vor, auch nicht das Problem der Verletzlichkeit und Erpressbarkeit, auch nicht die Frage von Freundschaft und Feindschaft. Der ökonomische Diskurs ist voll von machistischen Omnipotenzphantasien eines isolierten Individuums. In Realität wählen wir ja nicht frei, ob wir zum Beispiel wohnen, essen oder uns kleiden wollen. Wenn wir Kinder haben, dann sind wir auch nicht frei, sie zu lagern oder einzufrieren, wenn wir uns flexibel und mobil neuen Arbeitsmarktverhältnissen anpassen müssen. Frauen sind erpressbar, weil sie wissen, dass es viele Dinge gibt, die einfach getan werden müssen, sollen Menschen leben können. Davon abstrahiert die Wirtschaftstheorie. Was in der Realität nicht zu diesem Konzept des Homo Oeconomicus passt, wird dem Nichtökonomischen und damit vorwiegend den Frauen zugeordnet und angelastet. Das sogenannte Weibliche wurde schon immer als Gegenbild des Homo Oeconomicus gedacht, als Inbegriff von Uneigennützigkeit, Menschenpflege, charmanter Kreativität und Erotik, zuständig für die Rettung der Menschlichkeit in der harten Welt des Ökonomischen. Die Lebenslüge des

Homo Oeconomicus beginnt schon mit dem pathetischen Satz "Der Mensch ist frei geboren". Er und sie ist es nicht. Sie sind als extrem abhängige Babies geboren und es braucht ein ganze Menge von Arbeit, bis ein Kind das Stadium erreicht hat, das in der Ökonomie als gegeben vorausgesetzt wird. Diese "Freier-Fall-vom-Stammbaum-Theorie" setzt diskrete und einführende Frauenarbeit voraus, die sprichwörtliche Mutterliebe. Aber selbst erwachsen geworden könnte der Homo Oeconomicus nicht existieren, gäbe es nicht Hausfrauen, Sekretärinnen, Putzfrauen, Konkubinen und Sachbearbeiterinnen. In der Weltbank waren in den 80er Jahren 95% der leitenden Angestellten, 86% der ExpertInnen und 90% des mittleren Management Männer, 90% des Büropersonals jedoch Frauen...¹¹

Ein weiterer Aspekt des Menschen- und Weltbildes in der Ökonomie ist, dass das Verhältnis des Wirtschaftssubjekts zur Welt und zu andern Menschen radikal als Subjekt-Objekt-Verhältnis gedacht wird, und nicht als intersubjektives. Ebenso sieht sich der Homo Oeconomicus nicht als Teil der Natur, er steht über ihr.

Innerhalb der westlichen Frauenbewegungen wurde der Freiheitsbegriff immer wieder hinterfragt. An dieser Stelle möchte ich betonen, dass der Freiheitsbegriff, wie er in den UNO-Menschenrechtspakten vorkommt, nicht derselbe ist, wie derjenigen des Wirtschaftsliberalismus. In den UNO-Menschenrechten wird erstens von einem anzustrebenden Ideal geredet und nicht von einer gegebenen Voraussetzung, und zweitens geht ja die Idee der Menschenrechte gerade davon aus, dass Menschen verletzbar und erpressbar sind und dass deshalb Menschenrechte hergestellt und Staatspolitik darauf verpflichtet müssen und dazu Vereinbarungen notwendig sind.

In Anlehnung an Rosa Luxemburg müsste postuliert werden, dass nicht nur die Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden ist, sondern auch die Freiheit der wirtschaftlich Schwachen und Erpressbaren. Ein Staat, der sich an Menschenrechtspolitik orientiert, müsste eine Wirtschaftspolitik verfolgen, welche die Handlungsspielräume der wirtschaftlich Schwachen und überall dort, wo Menschen erpressbar sind, vergrößert.

2. Politische Tendenzen

Im Moment lässt sich eine demagogische Tendenz der Verabsolutierung des Marktprinzips als Weltordnungsprinzips feststellen. Gleichzeitig wird ein Staat propagiert, dessen wichtigste Aufgabe es ist, das Feld für den freien Wettbewerb unter scheinbar gleich Starken zuzubereiten. David de Pury, einer der Konzernchefs der ABB, hat im letzten Jahr die Aufgabe des Staates mit folgendem Bild verglichen: Der Staat habe bildlich ge-

sprochen die Aufgabe, das Fussballfeld und das ganz Drum und Dran für die Durchführung erfolgreicher Wettbewerbsspiele bereitzustellen. Interessant an diesem Bild sind - nebst dem Hinweis auf die persönlichen Phantasien eines Konzernmanagers - zwei Aspekte:

1. Die impliziten Vorstellungen in Bezug auf das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Der Staat muss ein günstiges Feld für die Wirtschaft vorbereiten. Subjekt dieses Spiels sind die Homines Oeconomici der Marktwirtschaft. Die übrige Gesellschaft kommt in diesem Bild kaum vor. Oder vielleicht implizit als Zuschauer- und Zuschauerinnen, als Fans von verschiedenen Unternehmer-Teams.

2. Die Wahl des Spiels: Fussball ist ein ausgeprägt männerdominiertes Spiel. Staat und Gesellschaft wird in diesem Bild vor allem als Männerstaat und Männergesellschaft gedacht.

Aufgabe eines Staates, welcher einer Menschenrechtspolitik verpflichtet ist, wäre aber meiner Meinung nach eine ganz andere: 1. Der Schutz der wirtschaftlich Schwachen und Erpressbaren und 2. dafür zu sorgen, dass alle die Möglichkeit haben, an den gesellschaftspolitischen Entscheiden teilzuhaben.

Der Staat im Kapitalismus ist historisch gesehen immer (auch) Zuhälter für Männer und Reiche gewesen. Die nationale und internationale Wirtschaftspolitik kennt unzählige Fälle, wo durch gezielte staatliche Eingriffe, sei es durch Gesetze oder militärische Eingriffe, das Marktgeschehen zugunsten der Mächtigen beeinflusst und Ungleichheiten geschaffen worden sind. Dies trifft vor allem auf die staatliche Politik gegenüber Frauen zu. Anti-Diskriminierungspolitik soll ja nichts anderes, als diese einseitige Staatspolitik rückgängig machen.

3. Handlungsmöglichkeiten und Debatten innerhalb von Frauenorganisationen

Aus der Sicht der Frauen, die ja immer in Krisensituationen die Rolle des "last ressort" haben, muss Ausgangspunkt jeder wirtschaftspolitischen Debatte die Befriedigung der Grundbedürfnisse von Menschen sein. Vorsorgendes Wirtschaft muss als kollektive Aufgabe gesehen werden, das nicht den Prinzipien des Eigennutzes unterstellt werden darf, sondern Prinzipien der Fürsorglichkeit und der Sorgfalt im Umgang mit natürlichen Ressourcen und mit Menschen, die des Schutzes bedürfen.¹² Diese Forderung zieht sich wie ein roter Faden durch unzählige Verlautbarungen von Frauennetzwerken und feministisch orientierter Wirtschaftswissenschaftlerinnen. Dazu gehören auch Vorstellungen, dass ein existenzsicherendes Minimalein-

kommen garantiert sein sollte, das ja nichts anderes als ein Recht auf Überleben, auf Subsistenz, in einer stark monetarisierten Gesellschaft ist.

FREIHEIT ALS WIRTSCHAFTSPOLITISCHES MITENTSCHEIDUNGSRECHT

Nawal el Sadaawi: "Was George in Washington sagt, betrifft meine Tante in Aegypten".

Wirtschaftspolitik, sei es nationale oder internationale, wirkt stark strukturierend auf den Alltag der Menschen - auch wenn sie nicht erwerbstätig sind.

Nach wie vor werden Frauen, vom wirtschaftspolitischen Denken her, nur als "Entwicklungsträgerinnen" der von Männern geplanten (und vielleicht gutgemeinten) Projekte gesehen. Aber nicht nur das, Frauen sind nach wie vor von den Schaltstellen wirtschaftspolitischer Entscheidungsmacht wesentlich ausgeschlossen. Diese Ausgrenzung basiert auf drei verschiedenen Faktoren:

- Durch die Konzentration der unabhängigen Verfügungsgewalt über Einkommen und monetäres Vermögen in wenigen und vorwiegend in Männerhänden:

Weltweit verfügen Männer über 80% des Einkommens. Unter 5% der Weltbevölkerung, vorwiegend Männer aus OECD-Ländern stammend, verfügen über rund die Hälfte des Einkommens. Wer Geld hat, entscheidet, was, wie und wo auf dem Weltmarkt produziert wird. In Bezug auf Vermögen, das in Geld gemessen ist, sind die Verhältnisse noch wesentlich undemokratischer. In der Schweiz verfügen laut Eidg. Steuerverwaltung rund 90% der SteuererklärerInnen über einen Drittel des Vermögens, rund 9% über einen weiteren Drittel, rund 1% über den dritten Drittel!

- Durch die massive Untervertretung von Frauen in wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremien von Staat und Privatwirtschaft:

Die 5%(!)-Quote von Frauen ist in den meisten wirtschaftspolitisch wichtigen nationalen und internationalen Gremien noch blanke Utopie!

- Durch Geheimhaltungsprinzipien, die vor allem in der Privatwirtschaft, aber auch im Staat gelten und im schweizerischen eine besonders gehegte und gepflegte antidemokratische Tradition darstellt:

Es gibt zwei private Bereiche in unserer Gesellschaft: die Familie und das Private der Privatwirtschaft. Es

gehört zur Doktrin des Liberalismus, dass Informationen über Waren- und Geldströme öffentlich sein müssen, aber Geschäftsverhandlungen und persönliche Geschäftsbeziehungen strikt geheim. Männerbünde, deren Ehrenkodex gar nicht so weit von mafiösen Omertà-Prinzipien weg sind, sind nach wie vor wichtig für Entscheidungsprozesse in Wirtschaft und Staat. Kapitalismus stellt eine Mischung von Marktregelungen, Eigentumskonzentration, gezielter Staatsintervention oft zugunsten von Mächtigen, ausserstaatliche und staatliche Gewalt, geheime Absprachen und Kartellisierungen dar.

2. Tendenzen und mögliche politische Handlungsspielräume

Heute muss von einer Diktatur des Weltmarktes geredet werden, in der die transnationalen Konzerne und Banken eine enorme Markt-, Absprache- und Technikmacht besitzen. Die Privatisierung staatlicher Wirtschaftsbereiche führt eindeutig zu mehr Absprachen hinter verschlossenen Türen. Die Privatwirtschaft ist (bis heute jedenfalls) für Frauen verschlossener als der Staat, einfach weil der Staat wesentlich mehr öffentlicher Kontrolle untersteht und weil Entscheidungs- und Repräsentanzbefugnisse jedenfalls zum Teil an die WählerInnen delegiert sind. Die Antistaatspolitik hat sowohl im Süden als auch im Norden zu einer Abnahme der Rechte von Frauen geführt.

3. Forderungen und politische Handlungsmöglichkeiten von Frauennetzen

- Es ist auffallend, dass von Seiten von Frauenorganisationen immer lauter eine öffentliche Rechenschaftspflicht und Transparenz von Staat und Wirtschaft gefordert wird.
- In Brasilien ist eine grosse Anti-Korruptionsbewegung entstanden, deren Forderung es ist, dass der Staat entprivatisiert und nicht privatisiert werden müsse.
- Es entstehen zunehmend Bewegungen, die von der Privatwirtschaft eine Rechenschaftspflicht fordern: Ethical Investment-Bewegungen. In der Schweiz z.B. sind Frauen als Geldgeberinnen von Alternativen Banken überproportional stark vertreten.
- Frauen sind heute in Billiglohnländern, ähnlich wie in Apartheid-Zeiten schwarze Arbeiter in Südafrika, Arbeitsbedingungen (bei transnationalen Konzernen) unterworfen, die jeglichen Menschenrechtsprinzipien spotten. Verhaltenskodices für TNCs und private Unternehmen generell müssten zusammen mit entsprechenden Sanktionen dringend von Frauenorganisationen gefordert und durchgesetzt werden.

- Heute müssen die Bürgerinnenrechte auch gegenüber der Privatwirtschaft durchgesetzt werden. Wirtschaftliche Entwicklungen strukturieren das Alltagsleben und die Zukunft von Menschen derart, dass sie einfach nicht den Entscheidungen einer Wirtschaftselite überlassen werden dürfen.

ÖKONOMIE UND GEWALT

Kürzlich habe ich den folgenden Text von Tariq Banuri, Direktor des Sustainable Development Policy Institute (Islamabad) gelesen: "Frauen werden unterdrückt, wird uns gesagt, weil trotz zwei Jahrhunderten Moderne noch immer alte patriarchalische Einstellungen vorherrschen. Die Natur wird zerstört, weil ignorante Bauern oder Landbesitzer nicht wissen, wie sie erhalten werden kann. Das Problem, so heisst es, ist Nicht-Modernität. Die Lösung ist Modernität. Es gibt eine andere Sichtweise. Nach dieser ist die Gewalt des modernen Zeitalters weder zufällig noch eine Abweichung oder ein Relikt der Vergangenheit; sie ist der Moderne eigen. (...) Nicht Umweltzerstörung sondern Vergewaltigung der Natur, nicht ethnische Säuberung sondern Vergewaltigung der Gesellschaft und nicht Modernisierung sondern Vergewaltigung der Kultur. Die angemessenste Metapher für Moderne ist Vergewaltigung. (...) Wir sehen uns umgeben von einer Gewalt, die entsteht durch eine Einstellung, die der Moderne inhärent und die gleichzeitig ihre Stärke und ihr Ruin ist: alles kann und sollte ausgebeutet werden."¹³

Dieser provokative Text steht nur für eine von vielen Stimmen, die vor allem aus dem Süden und auch von Frauen kommen, und die zunehmend keine Perspektive mehr in wirtschaftsliberalen Wachstumsmodellen sehen.

Die Frage stellt sich, inwieweit Gewalt und speziell sexuelle Gewalt gegen Frauen dem Wirtschaftsliberalismus inhärent ist. Die Frage wurde von Theoretikerinnen schon mehrmals gestellt und unterschiedlich beantwortet. Mir selbst ist die Antwort nicht ganz klar. Ich möchte aber auf folgende Punkte hinweisen:

1. Der Freiheitsbegriff in der Ökonomie (s. oben), gekoppelt mit der abstrakten Verfügungsgewalt der GeldbesitzerInnen über alles Käufliche enthält in sich ein Element von Gewalt. Das Käufliche hat zwar einen anerkannten Wert und geht ins wirtschaftspolitische Kalkül ein, es untersteht aber dadurch dem Prinzip der Verfügbarkeit, d.h. der Ausbeutbarkeit. Umgekehrt ist das Nichtkäufliche wert- und bedeutungslos für das wirtschaftspolitische Denken. Beides ist unbefriedigend. Im Prinzip kann immer mehr käuflich sein: auch Menschen und Teile von Menschen (Organe). Die Ausdehnung der

Käuflichkeit auf immer mehr Bereiche von Natur und Gesellschaft ist unabsehbar und stellt neue Herausforderungen an Menschenrechtsregulierungen.

2. Die Kontrolle über Frauen, der freie und beliebige Zugang zur Sexualität, zur ganzen Person der Frauen (und nicht nur zu ihrer Arbeitskraft) ist Teil des unaufhörlichen Versprechens, das dem erfolgreichen Homo Oeconomicus seit seiner Erfindung gemacht worden ist, und immer noch gemacht wird. Das doppelte Stereotyp Hausfrau oder Hure ist Ausdruck dafür und stellt zwei Varianten moderner patriarchaler Verfügungsgewalt über Frauen dar, die beide voraussetzen, dass der Homo Oeconomicus Geld hat.

Offenbar gibt es zwei verschiedene Verhältnisse zu Geld. Die einen, wohl die Mehrheit der Bevölkerung und vor allem Frauen, betrachten Geld als Mittel zum Leben. Für die andern ist es scheinbar Selbstzweck, hinter dem, so behaupte ich, eine schöne Dosis Machtgier steckt. Zwar können Multimillionäre oder gar -milliardäre nicht alles selbst konsumieren. Aber sie können etwas anderes: sie können Macht ausüben, sie können sich Einfluss kaufen und sie können auch Frauen kaufen. Was und wen sie bezahlen, kontrollieren sie. Mit Menschenrechten ist das nicht vereinbar.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Gegenwärtig können wir eine rapide Ausdehnung der Geldökonomie auf immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einerseits und damit immer weitergehende Durchsetzung des ökonomischen Rationalitätsprinzips und machistischer Machbarkeits- und Ausplünderungsphantasien feststellen. Gleichzeitig werden aber die Prinzipien, die der sog. freien Marktwirtschaft zugrunde liegen, immer mehr hinterfragt.

1. Was an Errungenschaft der Moderne von zahlreichen NGOs und insbesondere von Frauenorganisationen nicht in Frage gestellt wird, sind jedoch die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte und ihre Anerkennung für alle Menschen in allen Lebensbereichen. Ein weiterer Konsens besteht darüber, dass die natürlichen Ressourcen beschränkt sind, und dass das nordwestliche Technik- und Entwicklungsmodell aus ökologischen Gründen nicht generalisierbar ist, dass aber alle Menschen die gleichen Rechte in Bezug auf Nutzung natürlicher Ressourcen haben müssten.

Ich denke, dass das heutige vorherrschende Wirtschaftsmodell so wenig Zukunft hat wie das realsozialistische, wenn die anstehenden sozialen und ökologischen Probleme einigermaßen befriedigend gelöst und noch grössere soziale und ökologische Katastrophen

verhindert werden sollen. Menschenrechte und Wirtschaftsliberalismus gehörten vor 200 Jahren zur Programmatik der Demokratischen Bewegung. Es ging darum, dass Menschen vor der unterdrückerischen und zerstörerischen Willkür des Staates geschützt werden. Dies ist immer noch aktuell. Nur galt dieser Schutz damals für eine Minderheit der Menschen, nämlich vorwiegend nur für die weissen Männer und nur gegenüber dem Staatsapparat. In der Privatwirtschaft herrschte und herrscht das Recht des Stärkeren. Und gegenüber den Frauen und in den Kolonien waren Menschenrechte überhaupt nicht gültig.

Die Menschenrechtspakte der UNO, die Mitte der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts, nach dem Ende des Faschismus in Europa, nach der Dekolonisierung Afrikas und zur Zeit des Aufkommens der neuen Frauenbewegung formuliert wurden, gehen von der Realisierung der Menschenrechte für alle Menschen aus. Inwieweit sie auch gegenüber der Privatwirtschaft gelten sollen, ist seit der Existenz der UNO-Pakte ein hart umstrittenes Thema. Für Frauen geht es darüber hinaus darum, dass Personenrechte überall gelten, nicht nur gegenüber Staat und Wirtschaft, sondern auch in Lebenszusammenhängen, die als Privates gelten. Das alles ist nach wie vor Programm und Utopie- und noch lange nicht Prinzip der Menschenrechtspolitik der offiziellen Schweiz.

Es sieht ganz so aus, als ob die Frauenrechtsutopie immer mehr mit dem Weltmarkprojekt in Widerspruch gerät. Worin die Alternative zum Realkapitalismus bestehen könnte, dazu hat die Debatte erst begonnen. Die internationalen Diskussionen in Frauen-NGOs zeigen, dass die Beiträge der Frauen dazu sehr spannend sind. Es würde sich auch hier in der Schweiz lohnen, mehr dazu zu arbeiten.

Anmerkungen

1. Nachzulesen in: Frauenrechte sind Menschenrechte, Olympe.Feministische Arbeitshefte zur Politik, Heft 1, Zürich Juni 1994, S. 10 ff.
2. S. dazu Anni Lanz, Bericht zum NGO-Forum der Menschenrechtskonferenz in Wien vom Juni 1992, a.a.O. S. 126/7.
3. S. dazu auch: Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) and International Institute for Human Rights, Environment and Development (INHURED), Hrsg., Justice Denied! Human Rights and the International Financial Institutions, Kathmandu 1994.
- 4) zit. in: Alt-WID, Reaganomics and Women: Structural Adjustment U.S. Style 1980-1992. A case study of women and poverty in the U.S., Washington DC, Manuskript S. 28; s. dazu auch Mascha Madörin, Mythos Wirtschaftswissenschaft. Frauen als Objekte eines höheren Zwecks, in: Arbeitsgruppe Strukturanpassung und Frauen (Hrsg.), Von der Vernicht(ung) der Frauen. Zur Wirtschaftspolitik von IWF und Weltbank, Selbstverlag Bern 1992.

- 5 Alt-Wid a.a.O. S. 10/11.
- 6 SP- Arbeitsgruppe "Neuverteilung der Arbeit", Erster Zwischenbericht, Bern Mai 1994.
- 7 Zit. in NZZ vom 12.8.94.
- 8 Vorwort in: Commonwealth Sekretariat, EnGENDERing Adjustment for the 1990s. Report of a Commonwealth Expert Group on Women and Structural Adjustment, London 1989.
- 9 Danilo Bernasconi, Ökonomische Ansätze zur Ausgestaltung der Drogenpolitik in der Schweiz, Dissertation Nr 1475 an der Hochschule St. Gallen, Bamberg 1993.
- 10 Wendy Harcourt, Hrsg., Feminist Perspectives on Sustainable Development, Zeed Books London 1994.
- 11 Joni Seager, Ann Olson, Der Frauenatlas. Daten, Fakten und Informationen zur Lage der Frauen auf unserer Erde, Frankfurt a.M. 1986.
- 12 Christiane Busch-Lüty, Maren Jochimsen, Ulrike Knobloch, Irmi Seidl, Hrsg., Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit. Politische Ökologie Sonderheft 6, München August 1994.
- 13 zit. in: epd-Entwicklungspolitik 17/94, S.44.



Die Trostlosigkeit

Ich stehe gefroren vor ihr,
 einen Schritt trete ich vor,
 fixiere sie mit den Augen, fordere sie heraus.
 Ein plötzlicher Krampf im Magen
 lässt mich zurückweichen.
 Mit meiner rechten Hand halte ich meinen Bauch,
 beruhige ihn,
 der andere Arm hängt resigniert an meinem Körper.
 Ich stehe ganz still
 ziehe den Kopf ein
 Kälte packt meine Schultern:
 Ich zittere unter der Gewalt der Einsamkeit.

Desolada: sola más nada

Estoy parada frente a ella,
 doy un paso hacia adelante,
 la miro fijamente, desafiándola,
 De pronto una contracción en el estómago me hace retroceder,
 apoyo mi mano derecha suavemente sobre mi vientre, consolándolo,
 el otro brazo me cuelga resignado a lo largo del cuerpo.
 Me quedo inmóvil
 agacho la cabeza,
 un frío embarga mi espalda.

La violencia de la soledad me hace estremecer.